Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3203**
15. Wahlperiode 26. 05. 2004

Antrag

der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), Eberhard Otto (Godern), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Rainer Funke, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Birgit Homburger, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Markus Löning, Günther Friedrich Nolting, Cornelia Pieper, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Jürgen Türk, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Keine Kürzungen bei den Verkehrsprojekten in Ostdeutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Leistungsfähige Verkehrswege sind für das geeinte Deutschland lebensnotwendig. Unbeschadet der Notwendigkeit, die Verkehrswegeinvestitionen in ganz Deutschland sicherzustellen, ist insbesondere der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern unverzichtbare Grundlage für einen zukünftigen wirtschaftlichen Aufschwung, den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Angleichung der Lebensverhältnisse. Nach wie vor befindet sich die Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland im Rückstand. Auch die Absage des internationalen olympischen Komitees für die Olympiabewerbung von Leipzig zeigt, dass der Rückstand beim Ausbau der Infrastruktur regionale Kraftanstrengungen unterminiert und einer positiven Entwicklung im Wege steht. Leistungsfähige Verkehrswege sind nicht nur Basis für den Aufholprozess im östlichen Teil Deutschlands, sie schaffen und sichern Arbeitsplätze und fördern die Baukonjunktur.

Von besonderer Bedeutung sind in der Zeit seit der Wiedervereinigung die 17 Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) mit ihrem Investitionsvolumen von insgesamt rund 24 Mrd. Euro. Die VDE haben eine erhebliche Bedeutung nicht nur für Ostdeutschland, sondern für ganz Deutschland. Sie nehmen eine Schlüsselstellung für das Zusammenwachsen von alten und neuen Bundesländern ein und verbinden die Wirtschaftszentren in Ost und West. In den vergangenen 15 Jahren seit der Wiedervereinigung gab es eine klare Priorität bei der Realisierung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Mit Planungsbeschleunigungsmaßnahmen und Investitionsmaßnahmen wurde alles Notwendige getan, um die Infrastrukturprojekte so zügig wie möglich zu realisieren.

Vor diesem Hintergrund bedeutet es für die neuen Bundesländer einen schweren Rückschlag, wenn die mittelfristigen Finanzplanungen der Bundesregierung nunmehr darauf hinauslaufen, nicht mehr den bisherigen Investitionsschwerpunkt für die Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern beizubehalten und die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit nicht mehr zügig und im bisher geplanten Maße zu realisieren. Nach der bisherigen Finanzplanung 2004 bis 2008 sollten die Investitionen in Bundesfernstraßen insgesamt knapp 25 Mrd. Euro, für den Schienenwegeausbau knapp 20 Mrd. Euro bundesweit zur Verfügung stehen. Diese Finanzplanung bedeutete bereits erhebliche Kürzungen gegenüber den Investitionsansätzen der letzten Jahre. Nach den nunmehr bekannt geworde-

nen Planungen der Bundesregierung sollen die Verkehrsinvestitionen jedoch noch viel weitergehender, – in einem dramatischen Ausmaß – gekürzt werden. Danach werden im Straßenbereich nur noch gut 20 Mrd. Euro (also rund 5 Mrd. Euro weniger) und im Schienenbereich nur noch gut 15 Mrd. Euro (also ebenfalls rund 5 Mrd. Euro weniger) zur Verfügung stehen. Unter Zugrundelegung des üblichen Verteilungsschlüssels würden damit für die Verkehrsprojekte in den neuen Bundesländern für die Straße nur rund 4,2 Mrd. Euro und für die Schiene nur rund 3,2 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Dies bedeutet eine massive Kürzung gegenüber den bisher für die Mittelfristperiode geplanten rund 5,3 Mrd. Euro für die Straße und rund 4,2 Mrd. Euro für die Schiene.

Damit sind in den neuen Bundesländern zahlreiche Infrastrukturprojekte des Straßen- und des Schienenbaus akut gefährdet. Im Straßenbereich zeigt ein Blick auf das „Bauprogramm 2004 – laufende Maßnahmen“ sowie „mögliche Baubeginne in 2004“ den durch die geplanten Mittelkürzungen entstehenden Rückstand gegenüber den prioritär eingestuften Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs im Bundesverkehrswegeplan 2003. In Berlin ist die zügige Realisierung der Neu-, Aus- bzw. Umbauprojekte an der A 10, A 100, A 113, B 158 gefährdet; in Brandenburg beispielsweise der Neu-, Aus- bzw. Umbauprojekte an der A 10, A 24, A 113 sowie an zahlreichen Bundesstraßen; in Mecklenburg-Vorpommern die Neu-, Aus- bzw. Umbaumaßnahmen an der A 20, A 241 sowie an zahlreichen Bundesstraßen; in Sachsen die Neu-, Aus- bzw. Umbauprojekte an der A 4, A 14, teilweise A 38, teilweise A 72 sowie an zahlreichen Bundesstraßen; in Sachsen-Anhalt die Neu-, Aus- bzw. Umbauvorhaben an der A 9, A 38, A 71, A 143 sowie zahlreichen Bundesstraßen; in Thüringen Neu-, Aus- bzw. Umbauprojekte der Vorhaben an der A4, A 9, A 38, teilweise A 71 sowie an zahlreichen Bundesstraßen.

Im Schienenbereich betreffen die Kürzungsauswirkungen beispielsweise den Zeitplan für die Projekte VDE 8.1 (Aus/Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt) und 8.2 (Neu/Ausbaustrecke Erfurt-Leipzig/Halle), die Nord- und Südverbindung Berlin, die Ausbaustrecke Hamburg-Berlin, die Mitte-Deutschland-Verbindung (2. Stufe), den Umbau des Bahnhofs Ostkreuz (Berlin), den Knoten Erfurt und Magdeburg.

Eine Reihe von Vorhaben im Schienenbau sollen offenbar nach den Planungen der Bundesregierung sogar vor Erreichen der Investitionszielstellung abgebrochen werden oder sollen gar nicht erst dotiert werden, obwohl sie vorher fest disponiert waren. Davon betroffen sind die Projekte VDE 9, ABS Berlin-Frankfurt/Oder, ABS Berlin-Dresden, Sachsen-Franken-Magistrale, VDE 1, Wiederaufbau der Dresdner Bahn in Berlin.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den bisherigen Investitionsschwerpunkt für die Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern beizubehalten;
2. die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit sowie die im Bundesverkehrswegeplan für die neuen Bundesländer ausgewiesenen Projekte des vordringlichen Bedarfs zügig und im bisher geplanten Maße zu realisieren;
3. einen ggf. geplanten Baustopp für Verkehrsprojekte in Ostdeutschland zurückzunehmen;
4. eine verbindliche Investitionsplanung im Verkehrswegeplan für die neuen Bundesländer unverzüglich vorzulegen.

Berlin, den 26. Mai 2004

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333